



Machen statt Meckern!

Freie Wähler seit 2014 im Mainzer Stadtrat
mit der Fraktion Freie Wähler-Gemeinschaft
- Übersicht der Arbeit -

1. Die Freien Wähler in Rheinland Pfalz

Die Freien Wähler bei der kommunalpolitischen Wahl 2014:

Mit 10,6 % erzielten die Freien Wähler nach CDU und SPD landesweit das drittbeste Ergebnis. Sie holten in den 24 **Kreistagen 119 Mandate**, in den Räten der **12 kreisfreien Städte immerhin 60** und damit in der Summe 179 Sitze. Im Landkreis Bitburg-Prüm stellen die Freien Wähler mit Dr. Joachim Streit den Landrat. Auf der nächstfolgenden Ebene der **Verbandsgemeinden** und der **verbandsfreien Gemeinden** konnten die Freien Wähler von insgesamt 5.474 Mandaten **1002** gewinnen, das sind **18,3 %**. In den Gemeinden in Rheinland-Pfalz waren 25.382 Ratsmitglieder zu wählen. Davon wurden 12.086 in Mehrheitswahl vergeben. Von den verbliebenen 13.296 erreichten die Freien Wähler 5.461 Sitze. Das sind herausragende 41,1 %.

Von den zu vergebenden 35.681 Mandaten aller Kommunalparlamente wurden durch reine Mehrheitswahl - also ohne das Aufstellen von Listen politischer Gruppierungen - 12.705 vergeben, darunter auch an viele Mitglieder der Freien Wähler. Von den verbliebenen 22.976 Mandaten erreichten die Kandidatinnen und Kandidaten auf Listen der Freien Wähler **landesweit 7.118 Mandate**. Der Anteil von **31 %** stellt nach der CDU das zweitbeste Ergebnis in Rheinland-Pfalz dar, also noch vor der SPD. Die Freien Wähler stellen auch die meisten **Ortsbürgermeister** in Rheinland Pfalz.

2. Arbeit der Stadtratsfraktion FW-G

Die Fraktion hat die meisten Anfragen und Anträge für den Stadtrat erarbeitet und somit viele Anregungen gegeben und Missstände beseitigt.

Insgesamt stellten die FW-G 98 Anfragen und 18 Anträge.

Ein Auszug der bearbeiteten Themenbereiche:

- **Umwelt / Verkehr / E-Mobilität**
- **Stadtentwicklung / Rathaus / Gutenberg-Museum**
- **Klärschlammverbrennung**
- **Finanzen / Wasserpreise / Straßenausbaubeiträge**
- **Familie / Bildung / Kultur**

2.1. Umwelt – E-Mobilität

Auf den Individualverkehr werden die Mainzer/Innen auch in Zukunft nicht verzichten wollen.
FW-G fordert konkrete Maßnahmen, um die EMISSIONSWERTE in der Stadt zu verbessern:

- 2014 FW-G Stadtratsfraktion fordert die Einrichtung öffentlicher Ladestationen, u.a. auch in Parkhäusern.
- 2015 Erneute Aufforderung an den Stadtrat, sich der E-Mobilität anzunehmen.
- 2016 FW-G ermahnt die Stadt, dass die Entwicklung der E-Infrastruktur noch nicht vorangekommen ist.
Konsequenz: Die Stadt errichtet in 2018 mehrere Ladestationen.

FW-G beantragt die Prüfung der Umrüstung für emissionsfreie städtische Fahrzeuge und Klärung bzgl. Fördermitteln.
Ampel-Koalition lehnt Prüfung zunächst ab.

Konsequenz: 2018/2019 rüstet die MVG die Busflotte und die Stadt einige städtische Fahrzeuge um.

FW-G fordert die Verwaltung auf, Ausdrucke für die Gremien zu vermeiden und weitgehendst elektronisch zu ersetzen.
Konsequenz: Die Unterlagen werden nun vermehrt elektronisch versendet.

- 2017 FW-G fordert die Umsetzung der Handlungsschritte aus dem Masterplan. Mainz droht ein Diesel-Fahrverbot.
Konsequenz: In 2018 werden erste Schritte des Masterplans von der Stadtverwaltung umgesetzt.

- 2018 Bei den Heimspielen von Mainz 05 steigen durch die Fan-Busse die NOx Werte.
FW-G regt an, die Werte durch einem erhöhten Einsatz von Straßenbahnen zu senken.
Konsequenz: Die MVG setzt diese Anregung um.

- 2019 FW-G fordert die Überprüfung der Messstation Parcusstraße.
Konsequenz: Eine Überprüfung durch den TÜV soll in naher Zukunft stattfinden.

2.2. Verkehr

Fahrradinfrastruktur in Mainz stärken, fördern und ausbauen

- 2014 Die Idee ein Fahrradparkhaus am Bahnhof-West: Planung wurde jetzt bewilligt. Der Bau startet dieses Jahr.
- 2017 FW-G setzt sich für ein umfangreiches Radwegenetz und Ladeinfrastruktur für E-Bikes ein. In Mainz gibt es nur zwei akzeptable Radwege aus den Vororten Laubenheim und Hechtsheim in die City. Ladestationen für E-Bikes nur im Rathaus.
Konsequenz: 2018 wird das Radwegenetz geprüft und mehr Radstände in der City aufgestellt.
- 2018 FW-G fragt erneut nach, wann der Ausbau der Radwegenetze aus den anderen Stadtteilen umgesetzt wird.
Konsequenz: 2019 wird eine Prüfung des Radwegenetzes in Auftrag gegeben.

Ausbau der Park-and-Ride-Struktur in Mainz

- 2015 In nur zwei Vororten gibt es P+R Flächen für ca 125 PKWs. Die Fraktion fordert flächendeckende Prüfung. Die Stadt informiert, dass es keine weiteren freien Flächen für Park u Ride gebe und verspricht in Kürze eine Koordinationsstelle.
- 2017 FW-G macht auf einen möglichen P+R- Standort in Bretzenheim aufmerksam. Die Stadt lehnt ab, da eine stillgelegte Straße nicht für PKW geeignet sei.
- 2018 FW-G fordert erneute Prüfung von weiteren P+R-Flächen.
Konsequenz: 2019 wird eine Standortprüfung in Auftrag gegeben.

Sicherheit für Fußgänger

- 2016 Forderung der FW-G, die Durchfahrt der Fußgängerzone in der Adolf-Kolping-Straße für PKWs durch Poller zu unterbinden. Dieser Antrag stößt auf große Ablehnung der Fraktionen.
Konsequenz: 2018 wurden die Poller aufgestellt.

2.2. Verkehr

Grüne Welle in Mainz

- 2017 Fließender Verkehr produziert weniger Emissionen. FW-G macht auf den stockenden Verkehr durch die Rote Welle aufmerksam und fordert, den Stadtratsbeschluss von 2015 für die Grüne Welle weiter zu entwickeln.
Konsequenz: 2018/19 wird aufgrund einer Studie auf die umfangreichen Missstände hingewiesen.
- 2018 FW-G fragt erneut bei der Verwaltung nach, wie weit die Umsetzung der Grünen Welle fortgeschritten ist.
Konsequenz: Verbesserung und Umsetzung der Grünen Welle soll 2019 erfolgen.

Anwohnerparken

- 2018 Missstände bei der Parkraumordnung in der Oberstadt. Beschäftigte von umliegenden Firmen und KKM parken Parkplätze von Anwohnern zu.
FW-G fordert mehrmals eine Überprüfung und Umstrukturierung des Anwohnerparkens in der Oberstadt.
Konsequenz: Ende 2018 wird eine neue Erhebung in der Oberstadt bestätigt. 2019 soll eine Zone für Anwohnerparken in der Oberstadt eingerichtet werden. Leider bleiben einige betroffene Straßen in der neuen Bewohnerparkzone unberücksichtigt.
- 2019 FW-G fordert die Einbeziehung der umliegenden Straßen, da diese weiterhin mit dem Verdrängungsverkehr belastet werden.

Weitere Brücke über den Rhein

- 2015 Die Stadtratsfraktion fordert eine Prüfung für eine weitere Brücke über den Rhein. Die Verwaltung antwortet, dass eine weitere Brücke nicht geplant und die vorhanden drei Straßenbrücken ausreichen seien.
Konsequenz: Derzeit wird die Brückensituation neu geprüft und eine vierte Brücke mit dem möglichen Standort neben der Kaiserbrücke (Eisenbahn Süd) in Erwägung gezogen.

2.3. Stadtentwicklung - Bauprojekte

Rathaussanierung

- 2014 FW-G fordern eine offene Kostenaufstellung der Rathaussanierung.
- 2015 FW-G fordern ein Mitspracherecht der Bürger – Bürgerentscheid. Trotz fehlendem klaren Stadtratsbeschluss arbeitet die Verwaltung weiter auf eine Sanierung zu. Für die FW-G eine Intransparenz gegen die Mehrheit der Mainzer Bürger
- : FW-G fordert eine alternative Renovierungslösung (Ampel-Koalition lässt keine Diskussion zu) und die Offenlegung der Kosten im Vergleich: Sanierung oder Neubau. (Ampel-Koalition lehnt dies kategorisch ab).
- 2018 FW-G ist im Beirat zur Sanierung des Rathauses vertreten.
- 2019 Kostenberechnung der FW macht deutlich, dass die Sanierung bis zu ... Mil. € kosten wird - wir fordern Transparenz.

Bürgerhäuser

- 2016 FW-G fordert eine Offenlegung der Architektenpläne für Bürgerhäuser, da die Online-Plattform über die Bürgerhäuser keine Rückschlüsse zu diesen Plänen zulässt.
- 2017 Wiederholt fordert die FW-G die Offenlegung des Zeitplans und der Architektenpläne. Kurz vor geplantem Baubeginn (Ende 2017/ Anfang 2018) werden die Pläne veröffentlicht
- 2018 FW-G stellt geplante Fertigstellung bis Ende 2019 in Frage und fordert, den Zeitplan zur Fertigstellung zu veröffentlichen. Viele Vereine benötigen Sicherheit für notwendige langfristige Planungen.

2.3. Stadtentwicklung - Bauprojekte

Sozialer Wohnungsbau

- 2015 FW-G kritisiert Wohnbau, die kostenintensive Sanierung gestattet und daraus resultierende hohe Mieten billigt.
- 2017 FW-G macht auf eklatante Versäumnisse, wie Fehlbelegungsquoten in sozial geförderten Wohnungen, aufmerksam. Nicht-berechtigte Personen belegen sozial geförderte Wohnungen.

Erweiterung des Wertstoffhofs Emy-Roeder-Straße

- 2016 FW-G machen auf die dringende Erweiterung des Wertstoffhofs aufmerksam.
Konsequenz: Die Erweiterung des Wertstoffhofs ist für 2019 vorgesehen.

Wiederherstellung von Parkplätzen nach Baumaßnahmen

- 2019 FW-G fordert die Stadtverwaltung auf, die durch die Bahnhofsbaustelle weggefallenen Parkplätze an der Alicestraße wieder herzustellen.
Konsequenz: 2019 soll der Rückbau umgesetzt werden.

2.3. Stadtentwicklung - Bauprojekte

Erweiterung des Gutenberg Museums

- 2016 FW-G fordert die Offenlegung der Architektenpläne zur Erweiterung des Gutenberg-Museums und erfährt große Ablehnung von den übrigen Fraktionen.
- 2017 FW-G hinterfragt den Ratsbeschluss: Ja zum Bibelturm. Die Stadt teilt ihren angeblichen “Beschluss” den Beratungsgremien mit und gibt ihn anschließend der Öffentlichkeit bekannt.
FW-G lehnt als ersten Fraktionen den Bibelturm ab und unterstützt die BI.
Ampel-Koalition und CDU ignorieren die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung.
FW-G unterstützt aktiv die BI gegen den Bibelturm und das Voranbringen des Bürgerentscheids.
FW-G und ÖDP stellen gemeinsam einen Antrag für einen Bürgerentscheid.
Ampel-Koalition und CDU kommen dem zuvor und stellen eigenen Antrag.
- 2018 FW-G fordert die Offenlegung der Kosten für den Bibelturm und hinterfragt die Kostenaufstellung.
FW-G beantragt die Prüfung von Alternativlösungen und Suche nach einem neuen Standort für das Museum. Stadt lehnt die Suche nach Alternativen ab.
FW-G stellt einen Antrag, der die Verwaltung veranlassen soll, die offene Suche nach einem alternativem Standort in Auftrag zu geben. Ampel-Koalition und CDU lehnen diesen Antrag ab
- 2019 FW-G ist Teil der Arbeitswerkstatt - Erweiterung des Gutenberg Museums.

2.4. Klärschlammverbrennung

- 2014 FW-G hinterfragt zu Beginn der Planungen den Nutzen der Anlage und fordert die Offenlegung der Mengen an anzulieferndem Klärschlamm. Die Stadtverwaltung vertröstet und verweigert weitere Angaben.
- 2015 Die Fraktion unterstützt aktiv die BI gegen die Anlage und betont die Kritikpunkte: zu teuer, unnötig, ineffizient
- 2016 FW-G fordert Akteneinsicht des stadt eigenen Betriebs TVM. Stadt lehnt diesen Antrag ab.
Die Auslastung und das notwendige technische Know-how zur Phosphor-Rückgewinnung wird von uns hinterfragt.
FW-G verdeutlicht wirtschaftliche, ökologische und vor allem technische Einwände gegenüber der Verwaltung und kritisiert den vermehrten Verkehr durch die Anlieferung mit Lastkraftwagen die den Klärschlamm nach Mainz transportieren und verbrannten Klärschlamm in Form von Asche wieder aus Mainz abtransportieren.
FW-G weist darauf hin, dass auch die Verbrennung von Klärschlamm für die Rückgewinnung von Phosphor umstritten ist.
- 2017 Die Stadtratsfraktion hinterfragt die Geruchsbelästigung durch die Klärschlammverbrennungsanlage.
Von Seiten der Verwaltung wird eine Geruchsbelästigung abgestritten.
- FW-G fordert Transparenz bei der weiteren Planung der Anlage. Die Fraktionen würden ungenügend informiert.
- 2018 Die Fraktion lehnt steigende Kosten der Anlage auf über € 40 Mio ab.

2.5. Finanzen

Externe Beraterbüros

Die Stadt Mainz beauftragt vermehrt externe Büros, um die Aufgaben der Verwaltung zu übernehmen. Die FW-G ist der Ansicht, dass das eigene Verwaltungspersonal befähigt und aufgestockt werden muss.

- 2016 FW-G fordert eine Koordinationsstelle für Bauarbeiten. Statt neue qualifizierte Stellen zu schaffen, werden Stellen abgebaut. Das Stadtplanungsamt ist dafür zuständig, aber nicht ausreichend besetzt – OB Ebling gesteht unzureichende Koordination ein. Trotz aller Erkenntnisse wird der Antrag abgelehnt.
- 2018 FW-G bleibt beharrlich und fordert die Koordination der Baustellen. Anstatt die eigenen Mitarbeiter einzubeziehen, beauftragt die Verwaltung ein externes Büro, um die Baustellen zu koordinieren. Eine Verbesserung der Baustellenkoordination ist bisher nicht erkennbar.
- 2018 FW-G fordert Kostentransparenz bei der Beauftragung externer Berater. Seit 2015 werden über 650 Tsd. € für externe Dienstleistungen ausgegeben. Die Verwaltung begründet dies überwiegend mit fehlenden Ressourcen. FW-G fordert dringend die Qualifizierung des stadteigenen Personals.

Überhöhte Wasserpreise

- 2019 FW-G hinterfragt die Richtigkeit der Wasserpreise aus den Jahren 2010-12 und fordern eine Bewertung der Stadtverwaltung. Eine Informationsseite “Watergate” ist für betroffene Mainzerinnen und Mainzer auf der Homepage der FW zu finden.

2.5. Finanzen

Straßenausbaubeiträge

2018 FW-G fordert in einem Antrag die Abschaffung der Wiederkehrenden Beiträge. Diese Forderung wird ebenfalls vom Bund der Steuerzahler gefordert. RLP ist eines der wenigen Bundesländer, die diese Beiträge noch von den Bürgern einfordern. Der Antrag wurde von der Ampel und der CDU abgelehnt.

Zur Klärung der Wiederkehrenden Beiträge fordert unsere Fraktion die Offenlegung der Kosten für die Sanierung der Hauptstrasse von Mombach: Wer muss zahlen? Haben die Grundstückseigentümer Mitspracherecht? Die Antworten der Verwaltung auf diese Fragen sind unzureichend.

Ein Antrag auf Überarbeitung der Satzung wird vom Oberbürgermeister im Vorfeld nicht zugelassen.

2019 Die Fraktion kritisiert die hohen Kosten für Grundstückseigentümer in mehreren Stadtteilen, die in der Konsequenz insgesamt mindestens 60 % der Baukosten bezahlen sollen, während die Stadt nur für 3,5 % aufkommen wird.

2.6. Familie / Bildung / Kultur

2016 FW-G beantragt eine neue Standortprüfung für eine neue IGS und neues Gymnasium am Europakreisel. Dieser Antrag wird in den Ausschuss verwiesen. Die Prüfung wird von der Verwaltung veranlasst.

Konsequenz: 2018 wird der Neubau einer weiteren IGS am Europakreisel sowie der Bau eines Gymnasiums in Mombach beschlossen.

2019 Aufgrund der Einführung der Winterferien, die in der Fastnachtswoche fallen, mussten einige Vereine ihre Veranstaltungen absagen. Insbesondere die Verlegung des Kinder- und Jugendmaskenzugs in der Innenstadt verursacht unnötig hohe Kosten. Die FW-G stellt den Antrag, die Winterferien zu Gunsten des Kulturgutes Fastnacht zu verlegen.

FW-G unterstützt die Kulturbäckerei, ein sozial-kulturelles Zentrum in der alten Kommissbrotbäckerei zu errichten.

Erfolgreiche Unterstützung des Seniorenstifts Frankenhöhe, den Pflagenotstand durch bessere Arbeitsbedingungen für das Personal zu verbessern.

FW vermittelt zwischen den Ämtern zur Planung einer Vor-Ort-Betreuung von Kindern der Angestellten des Seniorenstifts.